



# FOSSILE SUBVENTIONEN ABBAUEN - SOZIALSTAAT RETTEN

*Klimagerechtigkeit in der  
aktuellen Kürzungsdebatte*

**SPD.Klima.Gerecht**

## **LIEBE GENOSS:INNEN,**

Christian Lindner will den Sozialetat um 20 Milliarden Euro kürzen. Wir als SPD müssen klarmachen: Soll der Haushalt weiter ausgeglichen werden, darf das nicht auf die Kosten ärmerer Menschen gehen. Wenn es zu Kürzungen kommt, dann klima- freundlich und sozial gerecht. Fossile Subventionen behindern nicht nur das Erreichen der Klimaziele, sie bevorzugen zusätzlich besonders reiche Haushalte deutlich. Der Abbau fossiler Subventionen wurde im Koalitionsvertrag beschlossen und ist an vielen Stellen kurzfristig umsetzbar. Hier sind die schädlichsten und sozial ungerechtesten Subventionen umrissen:

### **KEROSINBESTEUERUNG, ÜBER 13 MRD.€**

Auch 2023 bleibt Fliegen ein klimaschädlicher Luxus. 50 Prozent der Deutschen sind noch nie geflogen. Die reichsten 10 Prozent verbrauchen pro Kopf über 7-mal so viel Kerosin wie die ärmsten 10 Prozent. Kerosin ist von der Energiesteuer ausgenommen und auf internationalen Flugverkehr wird keine MwSt. fällig. Mittelfristig sind Europäische Lösungen möglich, kurzfristig kann die Subvention über die Luftverkehrssteuer ausgeglichen werden.

### **DIESELPRIVILEG, 8,2 MRD.€**

Haushalte mit hohem Einkommen besitzen nicht nur mehr (Diesel-)Autos, sondern legen mit diesen auch längere Strecken zurück. Beides führt dazu, dass die oberen Top 20 Prozent der Einkommen beim Dieselprivileg knapp 40 Prozent der Steuervergünstigungen erhalten. Durch eine Angleichung der KFZ-Steuer für Dieselfahrzeuge können Haushalte mit geringem Einkommen zielgerichteter entlastet werden.

### **DIENSTWAGENPRIVILEG, 4,3 MRD.€**

Der Dienstwagen ist ein Privileg der Top-Verdiener. Während 30 bis 60 Prozent des einkommensstärksten Dezils einen Dienstwagen besitzt, sind es in der gesamten unteren Einkommenshälfte unter 4 Prozent. Mehr als die Hälfte der Subvention geht an die beiden oberen Einkommensdezile. Sie haben diese Subventionen nicht nötig, sodass eine Fokussierung der Subventionen auf die unteren Einkommensgruppen die ökologisch negativen Anreize mindert und den Bundeshaushalt entlastet.

### **ENTFERNUNGSPAUSCHALE, 4 - 5 MRD.€**

Während in vielen Ländern die Kosten für den Arbeitsweg mit dem Auto nur unter bestimmten Voraussetzungen von der Steuer absetzbar sind, wird die Subvention in Deutschland nahezu bedingungslos gewährt. Eine deutliche Reform der Entfernungspauschale kann progressiv wirken und Menschen mit geringem Einkommen stärker entlasten als bisher. Möglich wäre ein einkommensunabhängiges Mobilitätsgeld, das allen Pendler:innen von der Steuerschuld abgezogen wird und somit unabhängig vom individuellen Einkommensteuersatz wäre. Zielgerichtete Entlastungen sind durch Härtefallregelung oder Einkommenssteuererleichterungen möglich.

Der Abbau dieser Subventionen ist ein großer Schritt in Richtung Gerechtigkeit und Klimaneutralität. Als SPD müssen wir diesen Ansatz von Klimagerechtigkeit jetzt in der Kürzungsdebatte vertreten!

